



MEDIENINFORMATION

SPERRFRIST: Keine

Änderung des Postorganisationsgesetzes

Ablehnende Stellungnahme zur parlamentarischen Initiative der CVP

Der Regierungsrat lehnt in seiner Stellungnahme an das UVEK eine Änderung des Postorganisationsgesetzes als ordnungspolitisch fragwürdig ab, mit der die Post verpflichtet werden soll, in ihrer Organisation und in Bezug auf ihre Produktionsstruktur der regionalen Vielfalt des Landes Rechnung zu tragen.

Die Post soll mit der Änderung des Postorganisationsgesetzes verpflichtet werden, bei ihrer Organisation den Anliegen der verschiedenen Regionen des Landes künftig Rechnung zu tragen. Damit betreibt der Bund Sektorialpolitik, um die Entvölkerung und den Abbau von Arbeitsplätzen in den Randregionen zu verhindern. Dieses Vorgehen ist ordnungspolitisch fragwürdig.

Bereits heute muss die Post gemäss strategischen Zielen des Bundesrates im Rahmen ihrer betriebswirtschaftlichen Möglichkeiten die Auswirkungen ihrer Tätigkeiten auf die Raumentwicklung und die Anliegen der Regionen nach einer angemessenen Verteilung der Arbeitsplätze berücksichtigen. Zudem werden mit der neuen Regionalpolitik Grundlagen geschaffen, um den Herausforderungen einer globalisierten Wirtschaft mit Massnahmen zur Innovationsförderung und Wachstumsstärkung begegnen zu können. Auch mit einer gesetzlichen Regelung einer Abwägungspflicht von betriebswirtschaftlichen und regionalpolitischen Kriterien wird es kaum gelingen, nachhaltig Arbeitsplätze in den Randregionen zu schaffen.

Die Post und Ihre Betriebe stehen heute im Wettbewerb. Es ist daher ordnungspolitisch nicht vertretbar, der Post gesetzliche Vorgaben hinsichtlich der Berücksichtigung der regionalen Vielfalt unseres Landes zu machen. Dies führt zu ungleich langen Spiessen im Wettbewerb und beeinträchtigt damit die Wettbewerbsfähigkeit der Post massiv. Deshalb ist die vorgeschlagene Gesetzesänderung abzulehnen.

RÜCKFRAGEN

Finanzdirektor Paul Niederberger, Telefon 041/618 71 00.

Stans, 15. Juli 2005 JB